



April und Mai waren geprägt von vollen Sitzungswochen in Berlin. Neben hitzigen Debatten zum Freihandelsabkommen sowie zur Energiewende wurde mit der Verabschiedung des neuen Rentenpakets ein Meilenstein in der Rentenpolitik gesetzt. Erfreulich sind die Ergebnisse für die SPD bei den Europawahlen. Sowohl in München als auch in Bayern und deutschlandweit konnte die SPD deutliche Stimmenzuwächse verzeichnen.

Ukraine: Aufgeben ist keine Option!

Seit Wochen erschüttert uns die immer wieder aufflammende Gewalt im Osten und Süden der Ukraine. Die Eskalationsspirale dreht sich scheinbar immer weiter, seit Jahrzehnten schien eine erneute Spaltung Europas nicht so nah wie heute. Der Schlagabtausch spitzt sich zu, zwischen ukrainischer Führung und Separatisten, zwischen Kiew und Moskau, zwischen West und Ost. Die Auswahl an politischen Mitteln für eine friedliche Konfliktlösung ist nicht groß. Außenminister Frank-Walter

Steinmeier, der unermüdlich für eine politische Lösung kämpft, gab das Motto seiner Reisediplomatie aus: „Aufgeben ist keine Option!“. Sein Konzept, das er in der SPD-Bundestagsfraktion vorgestellt hat: **1. Dialogforen** unter Aufsicht der OSZE, die auf allen Ebenen die Beteiligten an einen Tisch bringen sollen. **2. Eine Verständigung** über die Durchführung der Präsidentschaftswahlen, die einer neuen ukrainischen Führung demokratische Legitimität verleihen. **3. Beratungen** über eine Verfassungs-

reform, die alle Teile des Landes und der Bevölkerung aktiv miteinbezieht. **4. Eine Entwaffnung** nicht-staatlicher Gruppen. Funktionieren kann Frank-Walter Steinmeiers Plan nur, wenn sowohl Kiew wie auch Moskau bereit sind, einen solchen Weg mitzugehen. Außerdem müssen die Menschen im Osten und Süden der Ukraine aktiv beteiligt werden. Klar ist: Ein Scheitern wäre für ganz Europa fatal – am allermeisten zu verlieren hätten aber Russland und die Ukraine, wenn jetzt nicht noch eine Umkehr gelingt.

Hitzige Debatte im Deutschen Bundestag - Freihandelsabkommen in der Diskussion

Am 22. Mai 2014 wurde im Plenum des Deutschen Bundestages hitzig über das Transatlantische Freihandelsabkommen diskutiert. Die SPD machte in der Debatte ihre Haltung zu den Verhandlungen deutlich, dass durchaus Chancen in einem solchen Abkommen liegen könnten, aber die hohen Sozial-, Arbeits-, Umwelt und Verbraucherschutzstandards, die in Deutschland und Europa gelten, nicht in Frage gestellt werden dürfen. Ein Investitionsschutzabkommen mit privaten Schiedsgerichten lehnen wir ab. Die SPD wird die Verhandlungen kritisch

begleiten und den Dialog mit der Zivilgesellschaft suchen. In ihrer ersten Rede im Deutschen Bundestag hob Claudia Tausend insbesondere die Sicherung der Kommunalen Daseinsvorsorge hervor. Wichtig sei zudem auch, dass die Verhandlungen transparenter ablaufen. Sigmar Gabriel hat hier einen wichtigen Vorschlag gemacht. Er will mehr Transparenz bei den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP schaffen und hat dazu einen Beirat einberufen. Ihm gehören Arbeitgeber, Gewerkschaften, Vertreter der Kultur und Verbraucherschützer an.



Claudia Tausend bei Ihrer Jungfernrede im Plenum des Bundestags. Photo: Achim Melde

Link zur Rede von Claudia Tausend:
<http://dbtg.tv/fvid/3439743>

350.000 Euro für den Erinnerungsort Olympia-Attentat! Florian Post und Claudia Tausend: „Wichtiger Beitrag für die Erinnerungskultur“

Die Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit in Bayern konzipiert auf dem Olympiagelände in München schon länger die Errichtung eines offenen Gedenkraums mit einer Dauerausstellung zur Erinnerung an das Attentat auf die israelische Olympiamannschaft im Jahr 1972. Im Mittelpunkt der Ausstellung sollen die Biografien der Opfer stehen. Im Zuge der kürzlichen Beratungen des Haushalts für das Bundesinnenministerium (BMI) erhalten die Bundeszentrale für politische Bildung und weitere Einrichtungen

der Kultur- und Bildungslandschaft zwei Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln – so auch der Erinnerungsort Olympia-Attentat.

„Ich freue mich sehr, dass der Bund sich somit an der Errichtung eines Gedenkraums beteiligt, der diesem traurigen und für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einschneidenden Ereignis einen dauerhaften Ort der Erinnerung geben wird,“ sagt der örtliche SPD-Wahlkreisabgeordnete Florian Post. Die Münchner SPD-Bundestagsabgeordnete Claudia Tausend ergänzt: „Es ist wichtig, dass dieser Erinner-

ungsort in der Nähe zum damaligen Tatort im Münchner Norden entsteht, wo sich die Ereignisse des 5. und 6. September 1972 den Besuchern/innen des Olympiaparks bei allem guten Willen bisher nur unzureichend erschließen.“ Post und Tausend finden aber auch die zusätzlichen Ausgaben für die politische Bildung im Allgemeinen gut, wobei diese Mittel für Jubiläen wie „100 Jahre Ausbruch des Ersten Weltkriegs“ aber auch zur Förderung der kulturellen Vielfalt (in Nordschleswig und für die Sorben) eingesetzt werden.

Energiewende darf keine Arbeitsplätze gefährden

Ende Mai wurde im Plenum des Deutschen Bundestages die sogenannte Besondere Ausgleichsregelung in erster Lesung beraten. Sie beinhaltet Privilegierungen für stromkosten- und handelsintensive Unternehmen von der EEG-Umlage. Als Bestandteil des Erneuerbare-Energien-Gesetzes trägt sie zum Gelingen der Energiewende bei.

„Bei den industriellen Verbrauchern, die im internationalen Wettbewerb stehen geht es nicht nur um Akzeptanz, sondern ums knallharte wirtschaftliche Überleben. Es ist daher richtig, die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen zu sichern und das vielbeschworene industrielle Rückgrat unserer Wirtschaft zu schützen.“, betonte Florian Post in seiner Rede vor dem Bundestagsplenum. Denn die Besondere Ausgleichsregelung ist umstritten. Einerseits benötigen stromintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, diese Befreiung von der EEG-Umlage, sonst sind sie nicht mehr konkurrenzfähig. Dadurch würden hunderttausende Arbeitsplätze in Deutschland auf dem Spiel

stehen. Andererseits: Je mehr Stromverbraucher befreit sind, desto mehr müssen alle übrigen Verbraucher bezahlen. Wenn bei der Befreiung Mitnahmeeffekte entstehen, wie unter Schwarz-Gelb geschehen, stellt das die Akzeptanz der Energiewende als Ganzes in Frage. Der Entwurf des Ministeriums schiebt dem nun einen Riegel vor, indem klare Regeln und



Florian Post bei seiner bereits zweiten Rede im Plenum des Bundestags

Bedingungen aufgestellt werden, wann ein Unternehmen eine Befreiung beantragen kann. Das schafft Transparenz und verhindert, dass sich einige aus dem solidarischen System der Finanzierung der Kosten der Energiewende ungerechtfertigt verabschieden. Florian Post kritisierte

Beiträge aus den Reihen der Opposition, sie würden die industriellen und privaten Verbraucher gegeneinander ausspielen, als wäre dies ein Nullsummenspiel. Denn die Industrie ist schließlich nicht komplett befreit von der EEG-Umlage, sondern lediglich teilweise entlastet. Sie steuert 7,4 Mrd. Euro zu den Kosten bei, die privaten Haushalte 8 Mrd. Euro. Würden die Entlastungen für die Industrie wegfallen, würde sich ein Dreipersonenhaushalt ca. 3,50 Euro im Monat sparen und dafür Hunderttausende Arbeitsplätze vernichtet. „Wenn wir die energieintensiven Unternehmen angreifen, schaden wir Deutschland als Land der Industrie. „Made in Germany“ ist für industrielle Produkte eine Marke, die in der Welt ihresgleichen sucht. Aber „Made in Germany“ bedeutet nicht nur Qualität für die Käufer, sondern ist auch ein Versprechen an die Männer und Frauen, die in unserer Industrie arbeiten.“ Der Gesetzentwurf wird in den kommenden Wochen im parlamentarischen Verfahren beraten und soll zusammen mit der Reform des EEG noch vor der Sommerpause verabschiedet werden.

Link zur Rede von Florian Post:

<http://dbtg.tv/fvid/3443529>

Diskussionsabend mit Claudia Tausend

Claudia Tausend informiert im Hofbräuhaus über das transatlantische Freihandelsabkommen

Gemeinsam mit Ludwig Maier vom DGB Bayern und Alexander Lau von der IHK München und Oberbayern diskutierte Claudia Tausend am 14. Mai 2014 über die Chancen und Risiken eines transatlantischen Freihandelsabkommens.

Für die SPD ist klar: TTIP kann Chancen auf Wachstum und Arbeitsplätze bieten. Wichtig ist aber, dass klare Bedingungen vereinbart werden!

Die hohen Schutzniveaus für Verbraucher, Umwelt und Arbeit müssen erhalten bleiben!

Es muss weiterhin das Vorsorgeprinzip gelten. Freihandel darf auch nicht zum Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping werden.

„Wer mit Europa handeln will, muss Europas Standards akzeptieren!“ (Martin Schulz)

Keine geheimen Schiedsgerichte!

Jeder Automatismus zu Investitionsschutzbestimmungen und Investor-Staat-Schiedsverfahren ist abzulehnen.

Mehr Transparenz

Die Öffentlichkeit muss über die nächsten Verhandlungsschritte umfassend und genau informiert werden. Über sensible, politisch strittige Fragen soll eine unvoreingenommene und ergebnisoffene Debatte mit Beteiligung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft geführt werden.

TTIP muss Chefsache werden!

Der Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokraten Martin Schulz will im Falle seiner Wahl zum EU-Kommissionspräsidenten das Thema TTIP zur Chefsache machen und die Zivilgesellschaft in die Beratungen miteinbeziehen.



Spannende Debatte zum Freihandelsabkommen

Das Abkommen steht unter dem Zustimmungsvorbehalt des Europäischen Parlaments, des Rates und aller Voraussicht nach auch der 28 nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten. Dies zeigt: Ein TTIP, das die Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger nicht berücksichtigt, wird es nicht geben.



Voller Saal im Hofbräuhaus



Claudia Tausend machte die Position der SPD-Bundestagsfraktion deutlich



Aus dem Wahlkreis

Auch in den Wahlkreisen waren Claudia Tausend und Florian Post wieder unterwegs.



Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion
Foto: www.patrykwitt.com



Claudia Tausend und Florian Post mit Peter Kammerer (stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK München und Oberbayern) beim Bayrischen Wirtschaftsabend in Berlin



Florian Post bei der Vernissage des Schwabinger Künstlers Mark William Fernandes bei 84 GH in der Georgenstrasse



Florian Post mit der Behindertenbeauftragten der Bundesregierung Verena Bentele



Am 23.Mai 2014 wurde im Plenum des Deutschen Bundestages das große Rentenpaket beschlossen, das eine klare sozialdemokratische Handschrift trägt

Kurzmeldungen

Mindestlohn kommt nun auch in der Fleischindustrie

Der Bundestag hat Anfang Mai eine Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes beschlossen, künftig wird auch für die Beschäftigten in der Fleischbranche der einheitliche Mindestlohn gelten. Mit der Änderung

des so genannten Arbeitnehmer-Entsendegesetzes wird die Fleischbranche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen. Damit kann der bundesweite Mindestlohntarifvertrag, der im Januar für die Fleischbranche abgeschlossen wurde, für alle Unternehmen und Beschäftigten dieser Branche allgemeinverbindlich erklärt werden.

Der Mindestlohn wird für alle rund 100.000 Beschäftigten in der deutschen Fleischindustrie gelten, unabhängig davon, um welche Art der Beschäftigung – eine reguläre Beschäftigung, Leiharbeit oder eine Beschäftigung in einem Werkvertragsunternehmen – es sich handelt. Vom Mindestlohn werden auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren, deren Arbeitgeber ihren Sitz im Ausland haben.

Zum 1. Juli 2014 ist ein Mindestlohn von 7,75 Euro je Stunde vorgesehen, bis Dezember 2016 wird er in drei Stufen auf 8,75 Euro steigen.

Syrische Flüchtlinge: Hilfe wird ausgeweitet

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Antrag zur Ausweitung der Hilfe für syrische Flüchtlinge vorgelegt. In dem gemeinsam eingebrachten Antrag fordern die Koalitionsfraktionen eine verstärkte finanzielle Unterstützung für die Flüchtlinge aus Syrien sowie der benachbarten Aufnahmeländer. Zudem sollen noch mehr EU-Länder Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen, so die Forderung.

Seit Beginn des Bürgerkrieges in Syrien vor knapp drei Jahren, haben rund zwei Millionen Syrer ihr Land verlassen, die UN rechnen mit ein Anstieg der Flüchtlingszahl auf über vier Millionen.

Florian Post eröffnet Wanderausstellung Deutscher Bundestag im MIRA

Über 50 Vertreter/innen von Initiativen und Institutionen aus dem Münchner Norden, aber auch Bürger/innen waren der Einladung von Florian Post zur Eröffnung der Wanderausstellung Deutscher Bundestag gefolgt, die er am 13. Mai mit Lutz Bennhardt vom Centermanagement im MIRA an der Nordheide eröffnete.



Florian Post im Gespräch mit Bürger/innen

Die Ausstellung hat Florian Post deshalb in den Münchner Norden geholt, weil sie in besonderer Weise geeignet ist, Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments und seiner Mitglieder zu vermitteln.

Florian Post, MdB



Belgradstr.15 a
80796 München

facebook.com/bundestag2013
E-Mail: florian.post@bundestag.de
Tel: 089 - 18 94 65 38

Claudia Tausend, MdB



Orleansstraße 34
81667 München

facebook.com/tausendmalbesser
E-Mail: claudia.tausend@bundestag.de
Tel: 089 - 18 93 28 58